

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Islamisten beschäftigen Polizei in Koblenz

Die **Kleine Anfrage 3545** vom 13. Juli 2015 hat folgenden Wortlaut:

In einem Artikel „Islamisten beschäftigen auch die Koblenzer Polizei“ in der Rhein-Zeitung vom 3. Juli 2015 wurde folgendes ausgeführt: „Hunderte Islamisten sind bereits von Deutschland nach Syrien oder in den Irak ausgereist und haben sich dem Islamischen Staat (IS) angeschlossen, andere haben sich hierzulande radikalen Gruppen angeschlossen. In der Regel sind es junge deutsche Männer mit einem Migrationshintergrund, die in den Bann der Extremisten geraten – und manche von ihnen leben auch in Koblenz und der Region. Die Kriminaldirektion Koblenz, die im Präsidium am Moselring sitzt, hat mit immer mehr Fällen zu tun.“

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele radikale Islamisten wohnen in Rheinland-Pfalz und in Koblenz (bitte unter Angabe der Staatsangehörigkeit, Geschlecht, Alter und aufgegliedert nach den Jahren 2012, 2013, 2014)?
2. Bei wie vielen radikalen Islamisten wurden aufenthaltsbeendende Maßnahmen durchgeführt (bitte aufgegliedert nach den Jahren 2012, 2013 und 2014)?
3. Welche Informationen liegen der Landesregierung über die Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Kölner Salafistenprediger Ibrahim Abou Nagie in Rheinland-Pfalz, insbesondere in Koblenz und Neuwied vor?
4. In wie vielen Fällen wurde die Ausreise bzw. Einreise von radikalen Islamisten aus Rheinland-Pfalz verhindert (bitte unter Angabe der Staatsangehörigkeit und aufgegliedert nach den Jahren 2012, 2013 und 2014)?
5. Sieht die Landesregierung die Fachkommissariate bei den Kriminaldirektionen „Politisch motivierte Kriminalität/Terrorismus“ personell und sachlich ausreichend aufgestellt?
6. Liegen zwischenzeitlich die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Einstellung der zwei Islamwissenschaftlerinnen oder -wissenschaftler im Landeskriminalamt vor? Wenn nein, warum nicht?
7. In wie vielen Fällen haben sich in Rheinland-Pfalz besorgte Eltern und Lehrer an die Sicherheitsbehörden gewandt, weil sie eine Veränderung des eigenen Kindes oder des Schülers feststellen (bitte aufgegliedert nach dem Jahren 2012, 2013 und 2014)?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 29. Juli 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

In den Jahren 2012 und 2013 betrug die Gesamtzahl der Islamisten in Rheinland-Pfalz ca. 840. 2014 war ein Rückgang des islamistischen Personenpotenzials auf 610 zu registrieren. Dieser Rückgang steht im Zusammenhang mit Entwicklungen im Bereich der Organisation „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.“ (IGMG) und hier der Feststellung, dass nicht alle Mitglieder und Anhänger der extremistischen „Millî Görüş“-Ideologie zuzurechnen sind. Wenngleich sich das islamistische Gesamtpersonenpotenzial demnach verringerte, so ist doch darauf hinzuweisen, dass innerhalb dieses Spektrums das gefährdungsrelevante Personenpotenzial zunahm. Zum gefährdungsrelevanten Personenpotenzial zählen in erster Linie Salafisten und unter ihnen insbesondere die gewaltbereiten Personen. Die Zahl der Salafisten stieg von 65 im Jahr 2012 auf 70 im Jahr 2013 und 100 im Jahr 2014. Mit Stand Jahresmitte 2015 liegen den Sicherheitsbehörden Erkenntnisse zu rund 120 Salafisten im Land vor. Ein Viertel von ihnen wird aufgrund ihrer Unterstützung eines kämpferischen Jihad in Worten und/oder Taten als jihadistisch eingestuft, derzeit also 30 Personen. Rund ein Drittel dieser Personen ist mit dem Ziel Syrien ausgereist und befindet sich derzeit nicht in Rheinland-Pfalz.

b. w.

Im Hinblick auf die Zusammensetzung des salafistischen Personenpotenzials nach Staatsangehörigkeit und Alter wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 3497 *) zu Frage 7 verwiesen. Der Anteil der Frauen beträgt zehn Prozent. Im Großraum Koblenz leben nach Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden ungefähr 30 Salafisten.

Zu Frage 2:

In dem Zeitraum von 2012 bis 2014 wurden keine aufenthaltsbeendenden Maßnahmen im Sinne der Fragestellung durchgeführt. Allerdings verfügte die zuständige Ausländerbehörde 2014 gegenüber einer Person mit extremistischem Hintergrund eine Ausweisung verbunden mit einer Abschiebungsandrohung. Das verwaltungsgerichtliche Hauptsacheverfahren ist bislang noch anhängig.

Zu Frage 3:

Der in Köln wohnhafte Ibrahim Abou Nagie nahm in den vergangenen Jahren an einigen Infoständen im Rahmen des Koranverteilungsprojekts „Lies!“ in Koblenz teil und fungierte 2012 als Anmelder eines Standes. Darüber hinaus beteiligte er sich in 2015 an einer Benefizveranstaltung in Neuwied. Der Polizei sind im Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen keine politisch motivierten Straftaten bekannt geworden.

Zu Frage 4:

2014 wurde die Ausreise eines deutschen Staatsangehörigen durch den vorübergehenden Entzug des Reisepasses verhindert. Zwischenzeitlich ist er in ein anderes Bundesland verzogen. Auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 3497 *) zu Frage 4 wird verwiesen.

Zu Frage 5:

Das Landeskriminalamt und die Polizeipräsidien reagieren auf vorübergehende Belastungszuwächse durch temporäre Zuweisung zusätzlichen Personals und Sachmittel. Herausragende und komplexe Ermittlungsverfahren können darüber hinaus bei Bedarf auch mit Unterstützung anderer Polizeibehörden bearbeitet werden. Daneben prüfen gegenwärtig das Landeskriminalamt und die Polizeipräsidien, ob eine dauerhafte Personalverstärkung erforderlich ist.

Zu Frage 6:

Der Entwurf der Landesregierung für den Haushalt 2016 wird auch die Schaffung der haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Einstellung von zwei zusätzlichen Islamwissenschaftlerinnen bzw. Islamwissenschaftlern enthalten. Sie sollen Anfang des kommenden Jahres eingestellt werden. Als weitere Maßnahme in diesem Bereich wird zunächst im Zuge der Fachkräftesicherung auch der zweite bereits beim LKA beschäftigte Islamwissenschaftler in diesem Jahr verbeamtet werden. Dies konnte für den ersten beim LKA tätigen Islamwissenschaftler bereits im Jahre 2012 ermöglicht werden.

Zu Frage 7:

Besorgte Eltern oder andere Familienangehörige sowie Lehrer haben sich im Zeitraum 2012 bis 2014 in einigen Fällen an Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz gewandt. Eine Bezifferung der Gesamtzahl und deren Aufschlüsselung nach den Jahren ist nicht möglich, da die Polizei nicht in allen Fällen Daten gespeichert hat. Die geschätzte Anzahl liegt im mittleren zweistelligen Bereich.

Roger Lewentz
Staatsminister

*) Hinweis der Landtagsverwaltung; Vgl. Drucksache 16/5328.